

**108. Beilage im Jahr 2023 zu den Sitzungsunterlagen
des XXXI. Vorarlberger Landtages**

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 108 /2023

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 26.06.2023

Betreff: Echte Entlastungsmaßnahmen im Gesundheitsbereich setzen

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Gesundheitskrise wirkt sich in unterschiedlichsten Bereichen immer noch stark aus. Volle Ambulanzen, Debatten über den Finanzausgleich, Wahlärzte und Primärversorgungszentren dominieren die Medien. Klarerweise gibt es daher immer wieder Rufe nach Veränderung und vor allem – Lösungen. Schwierig ist dabei, dass unterschiedlichste Ebenen der Politik sich gegenseitig blockieren und viele Rahmenbedingungen durch die laufenden Finanzausgleichsverhandlungen verändert werden. Wie sich diese auswirken, weiß man aber meist erst, wenn sie wirklich umgesetzt werden und beispielsweise beim bisherigen Ausbau der Primärversorgungszentren sieht man anschaulich, dass die Einigung auf ein Ziel alleine noch lange nicht zur Umsetzung reicht (1).

Gerade die letzten Jahre haben stark den Eindruck entstehen lassen, dass Covid Krankenhäuser und Pflegeheime massiv an die Belastungsgrenzen gebracht hat und Mitarbeiter:innen wie System sich seither nicht erholt haben. Nicht bedacht wird dabei, dass gerade diese Belastungen für Mitarbeiter:innen schon zuvor enorm waren. Nach wie vor gibt es im Gesundheitsbereich 12- oder 24-Stunden Dienste, in den meisten anderen Branchen wäre dies undenkbar. Der bürokratische Aufwand wird immer größer, unzählige Notizen und Anweisungen müssen immer noch händisch geschrieben werden, Mitarbeiter von Pflegeheimen müssen mit e-Cards Hausärzte ablaufen, um Medikamente abholen zu können und aus Personalmangel nicht genutzte Urlaubstage oder Überstunden belasten aufgrund der Rückstellungen die Budgets der Einrichtungen. Kurzum: Ein Teufelskreis, der ein finanzielles Loch aufreißt und es wirken lässt, als würde die Gesundheitsversorgung jetzt plötzlich zusammenbrechen.

Gleichzeitig wird von vollen Ambulanzen und Arztpraxen gesprochen. Tatsächliche Einblicke, warum diese so überlaufen sind, gibt es nur selten. Immer wieder wird von mangelnder Patientensteuerung gesprochen, die niedrige Gesundheitskompetenz der Bevölkerung führt dazu, dass viele Krankenhausbesuche nicht annähernd als Notfall zählen und leicht vom niedergelassenen Bereich abgedeckt werden könnten. Wartezeiten bei Fachärzten führen dazu, dass Patient:innen lieber ins Krankenhaus gehen, selbst Kontrolluntersuchungen bei chronischen Krankheiten werden teilweise im Krankenhaus durchgeführt. Versucht man, genauere Vergleichswerte zu erhalten, werden

in Aufschlüsselungen zwischen den Bundesländern beispielsweise nicht einmal die Vorarlberger Zahlen zu ambulanten Behandlungen im Bereich der Allgemeinmedizin angeführt(2). Der Bericht des Landesgesundheitsfonds spricht dagegen von rund 520.000 ambulanten Behandlungen, die 2021 in Vorarlbergs Krankenhäusern vorgenommen wurden, rund die Hälfte davon seien Folgeuntersuchungen gewesen (3). Was wiederum auf weiteres Steuerungspotenzial hinweist, weil Patient:innen zur Nachsorge in vielen Fällen in den niedergelassenen Bereich überwiesen werden könnten.

Klarerweise kann die Krise des Gesundheitssystems nicht einfach auf Landesebene gelöst werden. So werden Berufsgesetze oder Kassenverträge auch nicht von der Landesregierung verhandelt, doch das Land kann beispielsweise als Arbeitgeber in den Krankenhäusern wichtiger Impulsgeber sein. Änderungen wie im Berufsprofil werden zwar im Zuge der Pflegereform schrittweise durchgeführt, weitere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen könnten aber dabei helfen, das Vorarlberger Gesundheits- und Pflegesystem wieder attraktiver zu machen. Immerhin hat Vorarlberg hier aufgrund seiner besonderen Lage und dem daraus resultierenden Wettkampf um Arbeitskräfte mehr Reformbedarf.

Gerade im Pflegebereich wird oft eine Arbeitszeitverkürzung als rasche Lösung angepriesen, doch in derartig belasteten Bereichen können Urlaubstage nicht einmal immer genommen werden. Leerstehende Betten unterstreichen, dass eine Arbeitszeitverkürzung keine bessere Versorgung der Menschen bedeuten würde. Ein erster Schritt durch den Aufbau von Personal zumindest wieder Zeitausgleich und das Aufbrauchen von Urlaub zu ermöglichen, ist daher unumgänglich, andernfalls wird/ bleibt der Gesundheitsbereich so unattraktiv, dass von einem weiteren Personalaufbau zur Deckung des steigenden Bedarfs keine Rede sein kann.

Als Arbeitgeber gibt es allerdings weitere Hebel. Die körperliche und psychische Gesundheit ist oft schwierig zu erhalten, besonders in körperlich und emotional anstrengenden Berufen. Österreich gehört nach wie vor zu den Ländern, in denen über vorzeitige Pensionierung als Entlastung gesprochen wird (4), über die Förderung der körperlichen oder psychischen Gesundheit der Betroffenen wird dagegen nur selten diskutiert. Wo dies in der Ausbildung nicht ausreichend vorkommt, kann das Land als Arbeitgeber beispielsweise regelmäßige Angebote machen. Hier sind die Möglichkeiten vielseitig, Schulungen, wie körperliche Belastungen reduziert werden können, Peer-to-Peer-Betreuung oder psychosoziale Ansprechpersonen in Einrichtungen, um beispielsweise nach besonders traumatischen Ereignissen die emotionale Stabilität von Mitarbeitern zu stützen, könnten ebenso helfen.

Viele der Probleme im Gesundheitsbereich werden heute mit Covid in Verbindung gebracht, existiert haben sie vorher schon. Arbeitnehmer:innen werden im Gesundheitsbereich von Patient:innen oft als gefälligst verfügbare Dienstleister:innen eingestuft, welche Kompetenz und Belastung dahinter steht, wird geflissentlich übersehen. Auch Arbeitgeber:innen verlangen immer mehr Dokumentation und Bürokratie, inwiefern aber hier z.B. IT-Lösungen zur Verfügung gestellt werden könnten, um leichter eMedikationen oder eRezepte zu nutzen und Mitarbeiter:innen den Arbeitsalltag zu erleichtern, wird nur selten diskutiert. Selbst innerhalb der bestehenden gesetzlichen Vorgaben zur Ausgestaltung des Gesundheitssystems gibt es noch viel Verbesserungspotenzial für den praktischen Arbeitsalltag. Hier besteht ohne großen Anpassungsbedarf die Möglichkeit innerhalb Österreichs das erste Bundesland zu werden, dass die Gesundheitskrise hinter sich lässt und damit besser auf die alternde Gesellschaft der nächsten Jahrzehnte vorbereitet ist.

1. <https://kurier.at/politik/inland/gesundheitszentren-ausbau-primary-health-johannes-rauch/402348405>
2. <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/AB/14320>
3. <https://vorarlberg.at/documents/302033/472874/T%C3%A4tigkeitsbericht+Landesgesundheitsfonds+2021.pdf/a0aaa9d8-7e91-e13d-cbf2-bff775786339?t=1683028966458>
4. <https://www.derstandard.at/story/2000126319919/spoe-fordert-schwerarbeitspension-fuer-pflegekraefte>

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht,

1. **Die Zusammenarbeit zwischen Krankenhaussektor und niedergelassenem Bereich so weit zu stärken, dass Folgeuntersuchungen und regelmäßige Terminuntersuchungen von chronisch Kranken aus dem Krankenhaus ausgelagert werden,**
2. **Digitalisierung in Krankenhäusern und Pflegeheimen so weit zu nutzen und nutzbar zu machen, dass Untersuchungen; Medikationen und Rezepte über ELGA abgerufen werden können, um Mehrfachuntersuchungen weitestgehend zu vermeiden und Wege zur Medikamenten- und Medizinproduktbeschaffung zu reduzieren,**
3. **in landeseigenen Gesundheitseinrichtungen für Mitarbeiter:innen zumindest ein monatliches Gespräch über Peer-2-Peer-Gruppen, mit Psycholog:innen oder Psychotherapeut:innen anzubieten, um psychische Folgeschäden der Tätigkeit zu reduzieren,**
4. **in landeseigenen Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen für Mitarbeiter:innen jährliche Weiterbildungskurse zu gesunden Bewegung am Arbeitsplatz anzubieten, um körperliche Folgeschäden der Tätigkeit zu reduzieren,**
5. **technische Hilfsmittel wie beispielsweise Hebehilfen in ausreichendem Ausmaß zur Verfügung zu stellen, um körperliche Folgeschäden durch die berufliche Arbeit zu reduzieren.“**

LAbg. KO Dr Sabine Scheffknecht PhD

LAbg. Johannes Gasser, MSc Bakk. BA

Der XXXI. Vorarlberger Landtag hat in seiner 7. Sitzung im Jahr 2023, am 4. Oktober, den Selbstständigen Antrag, Beilage 108/2023, mit den Stimmen der VP-Fraktion und der Fraktion Die Grünen mehrheitlich abgelehnt (dafür: FPÖ, SPÖ, NEOS und der fraktionslose Abg. Hopfner).

Hinweis: siehe auch Vorlage des Sozialpolitischen Ausschusses, Beilage 131/2023